

Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2022
eingebracht von GR Philipp Pointner

Betreff: Grazer Bekenntnis zu Sanktionen gegen den russischen Angriffskrieg

Gemeinsam als Europäische Union und mit internationalen Partnern hat Österreich mit schärfsten Sanktionen auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reagiert. Die Sanktionen zielen insbesondere darauf ab, die russische Wirtschaft massiv zu schwächen. Das Ziel sind insbesondere die Rüstungsindustrie und die kremltreuen politischen Eliten. Diese Sanktionen brauchen Zeit, zeigen allerdings jetzt schon Wirkung! Das Auswärtige Amt in Deutschland geht aktuell von einem Wirtschaftseinbruch in Russland von sechs bis 15 Prozent aus. Der Rat der EU von mindestens elf Prozent und beruft sich dabei auf einen Bericht der Weltbank.

Leider fanden sich in Österreich in unterschiedlichsten Parteien, willfährige Handlager die die russische Propaganda der Wirkungslosigkeit der Sanktionen weitergetragen haben, darunter auch Bürgermeisterin Elke Kahr.

Es ist ein fatales Zeichen in dieser Zeit, aus dieser politischen Position medial eine prorussische Appeasement-Politik zu kommunizieren. Es ist gerade jetzt essenziell, über europäische Ländergrenzen hinweg geeint, fest verbunden mit unseren europäischen Partnern als Europäische Union zur Verteidigung unserer rechtsstaatlichen und demokratischen Werte vorzugehen. Nur mit geduldiger und unnachgiebiger Konsequenz und Beharrlichkeit kann der brutalen imperialistischen Politik Putins und seiner Vasallen Einhalt geboten werden.

Gerade die kommunale Ebene ist direkt von diesem russischen Aggressionskrieg betroffen und es ist daher dringend geboten, dass sich der Gemeinderat der Menschenrechtsstadt Graz zu den Sanktionen bekennt und somit jeglichen, die EU spaltenden und somit zerstörenden Tendenzen in dieser Angelegenheit mit einem klaren Bekenntnis einen Riegel vorschiebt. Dies wäre auch ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den vielen aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die in Graz eine temporäre Heimat gefunden haben.

im Namen der Gemeinderatsfraktion der NEOS stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich umfänglich zu den auf EU-Ebene ausgesprochenen Sanktionen gegen die Russische Föderation wegen ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine.

